

Amtsblatt

für den Landkreis Oldenburg

Nr. 32/17 vom Freitag, den 7. April 2017

A. Bekanntmachungen des Landkreises Oldenburg

Tierseuchenbehördliche Allgemeinverfügung zum Schutz gegen die Geflügelpest bei Nutzgeflügel
(XXVII/2017 OL) 183

B. Bekanntmachung der Stadt Wildeshausen, (Mitglieds-)Gemeinden, Samtgemeinde Harpstedt und Verbände

C. Sonstiges

Herausgeber: Landkreis Oldenburg, Postfach 14 64, 27781 Wildeshausen, Tel. (0 44 31) 85 - 0

Das Amtsblatt erscheint jeden Freitag. Sofern der Freitag ein Feiertag ist, wird das Amtsblatt am Donnerstag herausgegeben. Redaktionsschluss ist jeweils am Dienstag um 12.00 Uhr.

Aufträge für Bekanntmachungen sind an folgende E-Mail-Adresse zu richten: amtsblatt@oldenburg-kreis.de

Die Redaktion des Verkündungsblattes ist unter der Rufnummer (0 44 31) 85 - 355 zu erreichen.

Das Amtsblatt ist im Internet abrufbar unter www.oldenburg-kreis.de, Rubrik „Amtsblatt Landkreis Oldenburg“.

Der jährliche Bezugspreis für die Papierausgabe beträgt 35,00 €.

A. Bekanntmachungen des Landkreises Oldenburg

Tierseuchenbehördliche Allgemeinverfügung zum Schutz gegen die Geflügelpest bei Nutzgeflügel (XXVII/2017 OL)

Aufgrund §§ 18, 21, und 27 der Geflügelpest - Verordnung werden nachstehende Maßnahmen bekannt gegeben und verfügt:

In der Gemeinde Garrel, Landkreis Cloppenburg, ist am **06.04.2017** der Ausbruch der Geflügelpest amtlich festgestellt worden. Der Ausbruch berührt aufgrund der räumlichen Nähe hinsichtlich der Einrichtung eines Anschlussbeobachtungsgebietes auch das Gebiet des Landkreises Oldenburg.

Das **Anschlussbeobachtungsgebiet „Großenkneten – Wardenburg VII“** für den Ausbruch in der Gemeinde Garrel im Landkreis Cloppenburg wird mit dieser Tierseuchenbehördlichen Allgemeinverfügung mit einem Radius von mindestens zehn Kilometern um den Seuchenbestand in der Gemeinde Garrel, soweit das Gebiet des Landkreises Oldenburg betroffen ist, festgelegt und wie folgt gefasst.

Das Anschlussbeobachtungsgebiet ist bildlich in der **Anlage 1** als äußere blaue Linie mit folgenden Grenzen dargestellt:

Beschreibung Anschlussbeobachtungsgebiet „Großenkneten – Wardenburg VII“:

- Ausgangspunkt ist der Schnittpunkt Kreisgrenze Landkreis Oldenburg/ Ammerland und die K 141 (Ammerländer Straße) am Küstenkanal
- der K 141 durch Harbern I, Achternmeer & Westerholt nach Oberlethe folgen
- in Oberlethe über Tungeler Damm – übergehend in Böseler Straße – bis Abbiegung Wassermühlenweg
- dem Wassermühlenweg folgend über die Lethe auf Litteler Straße (L 847)
- L 847 Richtung Littel bis Einmündung Fladderstraße
- weiter über Fladderstraße / Grüner Weg auf Oldenburger Straße (L 870)
- der L 870 Richtung Ahlhorn bis Abbiegung Windmühlenweg folgen
- über Windmühlenweg / Burgstraße / Hengstlager Weg auf Autobahn A 29 in Hengstlage
- A 29 Richtung Autobahndreieck Ahlhorner Heide zur Kreisgrenze Landkreis Oldenburg / Cloppenburg
- der Kreisgrenze im Uhrzeigersinn folgend zum Ausgangspunkt am Küstenkanal

Die sofortige Vollziehung dieser Maßnahme wird angeordnet.

Diese Allgemeinverfügung tritt am 09.04.2017 in Kraft.

Begründung:

Ist die Geflügelpest in einem Betrieb amtlich festgestellt, so legt die zuständige Behörde ein Gebiet um den Seuchenbetrieb mit einem Radius von mindestens drei Kilometern als Sperrbezirk fest. Darüber hinaus legt die zuständige Behörde um den Seuchenbetrieb umgebenden Sperrbezirk ein Beobachtungsgebiet fest. Der Radius von Sperrbezirk und Beobachtungsgebiet zusammen beträgt mindestens zehn Kilometer. Der Landkreis Oldenburg ist hierbei nur hinsichtlich der Einrichtung eines Beobachtungsgebietes von dem Ausbruch der Geflügelpest in der Gemeinde Garrel, Landkreis Cloppenburg, betroffen.

Bei der Festlegung der Restriktionsgebiete haben wir die Strukturen des Handels und der örtlichen Tierhaltungen, das Vorhandensein von Schlachtstätten sowie natürliche Grenzen und Überwachungsmöglichkeiten zu berücksichtigen.

Auf Grundlage der §§ 41 Abs. 4 Satz 4, 43 Abs. 1 VwVfG kann als Zeitpunkt der Bekanntgabe und damit des Inkrafttretens einer Allgemeinverfügung als frühestmöglicher Termin der Tag, der auf die Bekanntmachung folgt, festgelegt werden. Folglich ist eine Festlegung des Zeitpunkts der Bekanntgabe und damit des Inkrafttretens der Allgemeinverfügung zu einem späteren Zeitpunkt, hier der 09.04.2017, unschädlich möglich.

Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehung:

Gemäß § 80 Abs. 2 Nr. 4 VwGO kann die sofortige Vollziehung im besonderen öffentlichen Interesse angeordnet werden. Die Vorschrift räumt uns Ermessen ein. Wir haben die Interessen der Allgemeinheit an einer sofortigen effizienten Tierseuchenbekämpfung und die möglichen Einzelinteressen, z.B. hinsichtlich des Rechtsschutzinteresses, miteinander abgewogen.

Hierbei ist auch in die Betrachtung einzubeziehen, dass das Geflügelpestgeschehen in der unmittelbaren Nachbarschaft des Landkreises Oldenburg leider auch weiterhin eine neue Dynamik erfährt. Die Zahl der dortigen Neuausbrüche ist besorgniserregend. Eine effiziente Tierseuchenbekämpfung und damit einhergehend die Ergreifung von präventiven Maßnahmen, um Neuausbrüche nach Möglichkeit zu verhindern, erfährt durch die vorgenannte akute Verschlechterung der Lage einen erheblichen Stellenwert. Die Interessen der Allgemeinheit überwiegen daher in der Gesamtabwägung. Die Anordnung der sofortigen Vollziehung ist zweckmäßig und verhältnismäßig. Die Ausbreitung der Geflügelpest und somit die Gefahr von tiergesundheitlichen wie auch wirtschaftlichen Folgen muss sofort unterbunden werden. Ein Abwarten im Rahmen von möglichen Gerichtsverfahren würde seuchenhygienisch möglicherweise unabsehbare Folgen nach sich ziehen. Dies gilt in einem besonderen Maße vor dem Hintergrund, dass auch im Landkreis Oldenburg in der jüngeren Vergangenheit **zwei weitere Ausbrüche** der Geflügelpest bei Nutzgeflügel aufgetreten sind. Damit sind im Landkreis Oldenburg im Zuge des derzeitigen Geflügelpestgeschehens insgesamt **acht Ausbrüche** zu verzeichnen.

Die Maßnahme dient dem Schutz sehr hoher Rechtsgüter. Die Gefahr der Weiterverbreitung der Seuche und der damit verbundene wirtschaftliche Schaden sind höher einzuschätzen als persönliche Interessen an der aufschiebenden Wirkung als Folge eines eingelegten Rechtsbehelfs.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Oldenburg, Schloßplatz 10, 26122 Oldenburg erhoben werden.

Die Erhebung hat schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle zu erfolgen. Die Klage kann auch mit qualifizierter elektronischer Signatur durch Zuleitung über das Elektronische Gerichts- und Verwaltungspostfach (EGVP) des Gerichts erhoben werden.

Auf Ihren Antrag kann das Verwaltungsgericht Oldenburg die aufschiebende Wirkung gem. § 80 Abs. 5 VwGO ganz oder teilweise wieder herstellen.

Wildeshausen, den 07.04.2017

gez.

Dr. Claussen
Veterinärdirektor

Rechtsgrundlagen:

- Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest (Geflügelpest-Verordnung)
- Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO)
- Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 (Verordnung über tierische Nebenprodukte)
- Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG)

in der jeweils gültigen Fassung

Hinweise:

Die Allgemeinverfügungen (XXI/2017 OL, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 26/17), (XXII/2017 OL, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 27/17), (XXIII/2017 OL, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 28/17), (XXIV/2017 OL, veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 29/17) und (XXV/2017 OL und XXVI/2017 OL, beide veröffentlicht im Amtsblatt Nr. 30/17) bleiben von dieser Verfügung unberührt. Die dortigen Regelungen gelten unabhängig weiter.

Das eingerichtete Anschlussbeobachtungsgebiet „Großenkneten – Wardenburg VII“ wird von den anderen Restriktionszonen derzeit komplett überlagert, so dass auf eine bildliche Darstellung in der interaktiven Karte (abrufbar unter www.oldenburg-kreis.de) zum jetzigen Zeitpunkt verzichtet wird.

Hinweise für das Beobachtungsgebiet:

- Gehaltene Vögel, frisches Fleisch von Geflügel und Federwild, Eier sowie von Geflügel und Federwild stammende sonstige Erzeugnisse sowie tierische Nebenprodukte von Geflügel dürfen weder in einen noch aus einem Bestand verbracht werden.
- Der Tierhalter hat sicher zu stellen, dass
 - die Ställe oder die sonstigen Standorte des Geflügels von betriebsfremden Personen nur mit betriebseigener Schutzkleidung oder Einwegkleidung betreten werden und dass diese Personen die Schutz- oder Einwegkleidung nach Verlassen des Stalles oder sonstigen Standorts des Geflügels unverzüglich ablegen,

- Schutzkleidung nach Gebrauch unverzüglich gereinigt und desinfiziert und Einwegkleidung nach Gebrauch unverzüglich unschädlich beseitigt wird,
- Gehaltene Vögel zur Aufstockung des Wildvogelbestands dürfen nicht frei gelassen werden.
- Die Durchführung von Geflügelausstellungen, Geflügelmärkten oder Veranstaltungen ähnlicher Art ist verboten.
- Transportfahrzeuge und Behälter, mit denen gehaltene Vögel, frisches Fleisch von Geflügel, tierische Nebenprodukte von Geflügel, Futtermittel oder sonstige Materialien, die Träger des hochpathogenen aviären Influenzavirus sein können, befördert worden sind, sowie Fahrzeuge, mit denen ein Bestand mit gehaltenen Vögeln befahren worden ist, sind unverzüglich nach jeder Beförderung nach näherer Anweisung der zuständigen Behörde zu reinigen und zu desinfizieren.

Ausnahmen von den Schutzmaßnahmen des § 21 und § 27 der Geflügelpest-Verordnung können gem. § 22 bis 25 und §§ 28 und 29 der Geflügelpest-Verordnung genehmigt werden.

Allgemeine Hinweise:

Die Regelungen zur Aufstallpflicht für sämtliches Geflügel im Landkreis Oldenburg (s. Tierseuchenbehördliche Allgemeinverfügung XXVI/2017 OL im Amtsblatt 30/17) bleiben hiervon unberührt. Sämtliches Geflügel im Landkreis Oldenburg ist aufzustallen.

Jeder Verdacht der Erkrankung auf Geflügelpest ist dem **Tierseuchenkrisenzentrum des Veterinäramtes des Landkreises Oldenburg** sofort zu melden.

(**Telefon:** 04431 – 85-100; **Fax:** 04431 – 85 – 468, **E-Mail:** veterinaeramt@oldenburg-kreis.de)

Gemäß § 32 Abs. 1 Nr. 4 Tiergesundheitsgesetz handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Vorschriften der Geflügelpest-Verordnung zuwiderhandelt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 30.000 Euro geahndet werden.

Wir weisen besonders auf die sich aus § 4 der Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest (Geflügelpest-Verordnung) ergebende Verpflichtung aller Geflügelhalter hin, durch geeignete Untersuchungen (z.B. durch den Hoftierarzt) erhebliche Veränderungen in der Legeleistung oder der Gewichtszunahme unverzüglich hinsichtlich des möglichen Vorliegens einer Infektion mit dem hochpathogenen aviären Influenzavirus abklären zu lassen. Dies gilt ebenso bei bestimmten Verlusten.

Die Regelung wird hier zur Verdeutlichung noch einmal wiedergegeben:

§ 4 Geflügelpest-Verordnung – Früherkennung

(1) Treten innerhalb von 24 Stunden in einem Geflügelbestand Verluste von

1. mindestens drei Tieren bei einer Bestandsgröße von bis zu 100 Tieren oder
2. mehr als 2 vom Hundert der Tiere des Bestandes bei einer Bestandsgröße von mehr als 100 Tieren

auf oder kommt es zu einer erheblichen Veränderung der Legeleistung oder der Gewichtszunahme, so hat der Tierhalter, vorbehaltlich des Absatzes 2, unverzüglich durch einen Tierarzt das Vorliegen einer Infektion mit dem hochpathogenen oder niedrigpathogenen aviären Influenzavirus durch geeignete Untersuchungen ausschließen zu lassen.

(2) Treten in einem Geflügelbestand, in dem ausschließlich Enten und Gänse gehalten werden, über einen Zeitraum von mehr als vier Tagen

1. Verluste von mehr als der dreifachen üblichen Sterblichkeit der Tiere des Bestandes oder
2. eine Abnahme der üblichen Gewichtszunahme oder Legeleistung von mehr als 5 vom Hundert

ein, so hat der Tierhalter unverzüglich durch einen Tierarzt das Vorliegen einer Infektion mit dem hochpathogenen oder niedrigpathogenen aviären Influenzavirus durch geeignete Untersuchungen ausschließen zu lassen.

(3) Die zuständige Behörde kann anordnen, dass der Tierhalter einen Geflügelbestand untersuchen lässt, soweit dies aus Gründen der Tierseuchenbekämpfung erforderlich ist.

Anlage 1 zur Allgemeinverfügung XXVII/2017 vom 07.04.2017

